

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft II - München bekommt Profis für die Partizipation

Antrag

In München werden in Zusammenarbeit mit im Bereich Partizipation besonders erfahrenen Trägern der Jugendhilfe vier Fachleute für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen etabliert, die in ihren jeweiligen Regionen federführend zur Unterstützung von Belangen der Kinder und Jugendlichen eintreten. Sie unterstützen Einrichtungen, die sich im Bereich Partizipation verstärkt einsetzen wollen, bieten Fortbildungen an, wie Teilhabe für die verschiedensten Gruppen am besten gelingt und sehen sich als Scharnier zwischen den Wünschen der Kinder und der örtlichen oder überörtlichen Politik.

Begründung:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in München Tradition. Schon seit vielen Jahren gibt es die verschiedensten Ansätze, um die jüngeren Bürgerinnen und Bürger in das Stadtgeschehen einzubinden und ihnen eine selbständige Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Es gibt freie Träger in der Jugendhilfe, die sich die demokratische Bildung zum Hauptanliegen gemacht haben – und es gibt wohl kaum noch einen Träger, der Kinder- und Jugendbeteiligung für überflüssig hält. Mit dem Büro der städtischen Kinderbeauftragten und der in der Jugendhilfeplanung angesiedelten Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung setzt sich das Jugendamt zudem dafür ein, Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern und als Querschnittsthema in der Verwaltung zu etablieren.

Dennoch gaben bei der letzten Münchner Jugendbefragung (2017) 46 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass ihre Interessen in München nicht ausreichend ernst genommen und gehört werden. 60 Prozent wünschen sich mehr Unterstützung von der Politik für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse.

Vier Profis, die sich ausschließlich um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen kümmern, garantieren, dass dieses Thema nicht durch irgendwelche Sachzwänge hintangestellt wird. Viele Jugendeinrichtungen haben ein breites Beteiligungsangebot und wollen nur ein Feedback, ob sie die bestehende Bandbreite sinnvoll nutzen. Andere sind eventuell mit neuen Gruppen konfrontiert und brauchen Unterstützung, um neue passende Formate zu entwickeln. Wie z.B. lässt sich Geflüchteten unsere Idee der Teilhabe am besten vermitteln? Wie stimmt die engere Struktur von Schule mit unseren Ideen der Selbstbestimmung überein? Aber auch die Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit den Bezirksausschüssen fällt sehr unterschiedlich aus. Teils gibt es langjährig engagierte Kinder- und Jugendbeauftragte, die

regelmäßig vor Ort unterwegs sind. Doch in anderen BAs sind diese Stellen vielleicht gerade neu besetzt worden und die Beauftragten haben mit Partizipation noch nicht viele Erfahrungen gemacht haben. In all diesen Fällen wäre es sehr hilfreich, wenn eine erfahrene Fachkraft zur Unterstützung bereitstünde.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft III - Runden Tisch Kinder- und Jugendbeteiligung sichern

Antrag

Einmal jährlich findet in München ein Runder Tisch zur Kinder- und Jugendbeteiligung statt. Bisher wurde dies von den InitiatorInnen ohne eigenes Budget organisiert und immer aus Restmitteln im Haushalt finanziert. Doch dies wird immer schwieriger. Zu den verschiedenen Themenschwerpunkten werden passende ReferentInnen aus dem gesamten Bundesgebiet eingeladen, für die Honorar-, Fahrt- und Übernachtungskosten anfallen. Dazu kommen Kosten für die Moderation, Technik, Dokumentation, Catering. Damit der Runde Tisch auch in Zukunft in gewohnt hoher Qualität angeboten werden kann, müssen die benötigten Mittel in den nächsten Haushalt eingestellt werden.

Begründung:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in München Tradition. Schon seit vielen Jahren gibt es die verschiedensten Ansätze, um die jüngeren Bürgerinnen und Bürger in das Stadtgeschehen einzubinden und ihnen eine selbständige Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Es gibt freie Träger in der Jugendhilfe, die sich die demokratische Bildung zum Hauptanliegen gemacht haben – und es gibt wohl kaum noch einen Träger, der Kinder- und Jugendbeteiligung für überflüssig hält. Mit dem Büro der städtischen Kinderbeauftragten und der in der Jugendhilfeplanung angesiedelten Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung setzt sich das Jugendamt zudem dafür ein, Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern und als Querschnittsthema in der Verwaltung zu etablieren.

Der Runde Tisch zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist ein großartiges Angebot, das immer wieder neue Anregungen und Ideen hervorbringt. Jedes Jahr wird mit einem anderen Schwerpunkt und mit ausgezeichneten ReferentInnen diskutiert und erarbeitet, was Kinder und Jugendliche brauchen. Die Stadt muss sicherstellen, dass dieses verdiente Veranstaltungsformat auch zukünftig stattfinden kann und nicht durch Veränderungen bei einem der beteiligten Träger scheitert. Deshalb soll das Jugendamt die Finanzierung sicherstellen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft IV – Höherer Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in der Verwaltung

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen so in der Verwaltung zu verankern, dass sie nicht am städtischen Good Will oder den gerade zur Verfügung stehenden Ressourcen scheitern kann. Dazu bedarf es eines regelmäßig tagenden Fachgremiums, das die Umsetzung aller kommunalen Beteiligungsprozesse und Beteiligungsthemen im Blick hat, die Realisierung der Vorschläge lösungsorientiert über Referatsgrenzen hinweg befördert und dem Stadtrat regelmäßig Bericht erstattet. Das Fachgremium sollte sich aus Stadträtinnen, freien Trägern sowie VerwaltungsmitarbeiterInnen, die ein Mandat haben sowie mit zeitlichen und finanziellen Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, zusammensetzen. Besonders wichtig ist, dass dieses Gremium den Auftrag erhält, die Umsetzung von Kinder- und Jugendanliegen zielgruppen- und lösungsorientiert zu befördern. Der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung wird gebeten, den Stellenwert dieses Themas in der Verwaltung deutlich zu machen.

Begründung:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in München Tradition. Schon seit vielen Jahren gibt es die verschiedensten Ansätze, um die jüngeren Bürgerinnen und Bürger in das Stadtgeschehen einzubinden und ihnen eine selbständige Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Es gibt freie Träger in der Jugendhilfe, die sich die demokratische Bildung zum Hauptanliegen gemacht haben – und es gibt wohl kaum noch einen Träger, der Kinder- und Jugendbeteiligung für überflüssig hält. Mit dem Büro der städtischen Kinderbeauftragten und der in der Jugendhilfeplanung angesiedelten Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung setzt sich das Jugendamt zudem dafür ein, Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern und als Querschnittsthema in der Verwaltung zu etablieren.

Die bereits seit langem bestehende AG Partizipation ist in diesem Kontext ein richtiges und wichtiges Gremium. Doch ist nicht sichergestellt, dass die hier geführten Diskussionen zu tatsächlichen Aktivitäten in der Verwaltung führen. Die VerwaltungsvertreterInnen haben keine Kompetenzen das Besprochene verbindlich in ihre Referate einzuspeisen. Wir fordern ein Gremium, das verbindliche Absprachen treffen kann - ob dies durch eine Umgestaltung der AG Partizipation geschehen soll oder ein neues Gremium entwickelt wird, soll mit den entsprechenden Fachleuten geklärt werden. Wenn wir die Partizipation von Kindern und

Jugendlichen wirklich ernst nehmen wollen, ist es wichtig, dass der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung sie auch zu seinem Schwerpunkt macht.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft VI – Modellprojekt #stadtsache in den Sommerferien 2020 umsetzen!

Antrag

I) Das Stadtjugendamt wird aufgefordert während der Sommerferien 2020 mithilfe der Stadtentwicklungs-App #stadtsache ein Modellprojekt zur digitalen Stadtteilerkundung für Kinder und Jugendliche ab dem Vorschulalter einzurichten.

II) Das Stadtjugendamt stellt hierfür eine ausreichende pädagogische Betreuung der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen an 5 ausgewählten Tagen für die Erkundung von je 5 Stadtbezirken sicher. Dies soll durch eine entsprechende Ausschreibung für soziale Träger sichergestellt werden. Das Angebot wird zielgruppenspezifisch in den städtischen Bildungseinrichtungen, sozialen Wohnangeboten und Flüchtlingsunterkünften sowie durch eine digitale Informationskampagne auf der städtischen Homepage und in den sozialen Medien beworben.

III) Die Ergebnisse der digitalen Stadtteilerkundung werden durch das Stadtjugendamt ausgewertet und in einen offiziellen Ergebnisbericht überführt. Dieser wird dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie dem Verwaltungs- und Planungsausschuss unter Beteiligung der Bezirksausschüsse vorgestellt. Spätestens 2021 erarbeiten basierend auf dem Bericht alle interessierten Teilnehmenden, beteiligten Fachkräfte sowie Politik und Verwaltung an einem Runden Tisch „München lebt Jugend“ konkrete umsetzbare Projekte. Für die Umsetzung der ausgewählten Projekte und für weitere Partizipationsmodelle wird ab 2021 ein städtischer Kinder- und Jugendbeteiligungstopf in Höhe von einer halben Million Euro bereitgestellt. Kostenübernahmen durch die städtischen Bezirksausschüsse sollen ebenfalls unbürokratisch möglich sein. Über die Umsetzung der beschlossenen Projekte wird dem Stadtrat und allen Beteiligten regelmäßig durch die verantwortliche Stelle Bericht erstattet.

IV) Zusätzlich wird die App #stadtsache dem städtischen Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie dem Verwaltungs- und Planungsausschuss mit Fokus auf weitere Optionen zur Einbindung der App in die Arbeit der Verwaltung vorgestellt.

V) Anschließend an die Pilotphase bietet die Stadt das Angebot der digitalen Stadtteilerkundungen alle 3 Jahre ab 2024 als Bestandteil der im gleichen Turnus stattfindenden Münchner Jugendbefragung an.

Begründung:

Die letzte Münchner Jugendbefragung (2017) offenbarte beunruhigende Zahlen. So gaben 46 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass ihre Interessen in München nicht ausreichend ernst genommen und gehört werden. Gleichzeitig gaben 60 Prozent der Befragten an, dass sie sich mehr Unterstützung von der Politik für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse wünschen. Für ein detailliertes Bild der individuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ist es notwendig, ihnen niederschwellige Instrumente nahe Ihrer Lebensrealität anzubieten. Smart Devices sind mittlerweile für die sehr große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen ein selbstverständlicher Teil ihres Alltags und sollten deswegen unbedingt als große Chance erkannt werden, das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadtgemeinschaft durch demokratische Mitgestaltung der eigenen Lebensumwelt und des öffentlichen Raums zu stärken. Dies ist ein Recht, das im übrigen auch die UN Kinderrechtskonvention explizit vorsieht.

Die crossmediale Open Source App #stadtsache (<https://stadtsache.de/>) ist ein in diesem Kontext von der Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 gefördertes Projekt und wurde bereits mehrfach mit großem Erfolg in deutschen Kommunen eingesetzt, beispielsweise in Hagen oder Iserlohn (<https://tv58.wordpress.com/2018/11/02/stadtsache-briefe-an-den-oberbuergermeister/> , https://flowpage.de/publication/kijurat_1/). Die App ist ein altersübergreifendes innovatives Tool für Kinder und Jugendliche ab dem Vorschulalter zur aktiven Erkundung und Bewertung der eigenen Umgebung. Die Kinder und Jugendlichen sollen dabei mit ihren eigenen Smart Devices in freier Entscheidung Fotos von öffentlichen Plätzen und Räumen mit aus ihrer Sicht besonderer Bedeutung für das Stadtbild und die eigene Lebensrealität machen, sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Die jeweilige Bewertung kann dabei durch eine Vielzahl an kreativen audiovisuellen Bildgestaltungen und Kommentarfunktionen vorgenommen werden. Die Ergebnisse lassen sich auch mit anderen NutzerInnen der App teilen und werden auf einem Web-Interface gesammelt. Die Wahrung des Datenschutzes ist durch einen eigens bereitgestellten Server in Deutschland gesichert.

Die kostenfreie Version der App verfügt bereits über 35 vorinstallierte Fragen und Suchaufgaben. Zusätzlich stellen die EntwicklerInnen kostenloses Projektmaterial zur Verfügung. Für die Erkundungstouren können zudem für einen Unkostenbeitrag von 10 Euro pro TeilnehmerIn für 6 Monate digitale Gruppen gebildet werden, denen im Vorfeld durch AdministratorInnen auch spezielle Aufgaben und Fragestellungen zugeordnet werden können (z.B. Bewerte die Spielmöglichkeiten in Schwabing! Was macht deinen Lieblingsplatz in Aubing zum Lieblingsplatz? Wo fühlst du dich nachts im Englischen Garten unwohl?). Über Optionen der Anwendung dieses Zusatztools und die generelle Konzeption des Projekts hinsichtlich geeigneter Fragestellungen bei ausreichender Vergleichbarkeit und der anschließenden Auswertung wird im Rahmen von 2-3 Vorbereitungsworkshops mit den EntwicklerInnen, VertreterInnen der bis dahin ausgewählten städtischen oder freien pädagogischen Fachkräfte, des Stadtjugendamtes sowie der StadtschülerInnenvertretung entschieden. Die Möglichkeit, an den Tagen selbst Fragenwünsche der Jugendlichen zu ergänzen sollte dabei berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Modellprojekts in den Sommerferien 2020 werden dann an 5 Tagen ausgehend von zentralen Treffpunkten jeweils 5 Stadtbezirke durch die Kinder und Jugendlichen erkundet. Zusammenfassen kann man hier beispielsweise die Innenstadt (Bezirke 1, 2, 3, 5, 8), den Münchner Westen (Bezirke 20, 21, 22, 23, 25), den Münchner Norden (Bezirke 4, 9, 10, 11, 24), den Münchner Süden (Bezirke 6, 7, 17, 18, 19) sowie den Münchner Osten (Bezirke 12, 13, 14, 15, 16). Die Jugendlichen haben dabei innerhalb eines festgelegten zeitlichen Rahmens die freie Wahl des Bezirks und der Route. Hier muss eine ausreichende Begleitung der Kinder und Jugendlichen durch eine angemessene Zahl an pädagogischen Fachkräften sichergestellt sein,

die durch eine verbindliche Online-Anmeldung im Vorfeld ermittelt wird.

Durch die Stadtteilerkundungen entsteht ein detaillierter, direkter und unkonventioneller Eindruck, wie die Kinder und Jugendlichen den jeweils ausgewählten Raum erfahren und welcher Handlungsbedarf ihren Bedürfnissen entsprechend besteht. Die App ist dabei sehr niederschwellig, inklusiv und milieuübergreifend nutzbar, da die meisten Funktionen auch mit Bildanweisungen erklärt werden. Auch geringe Sprach- und Schreibkenntnisse im Deutschen sind deswegen wenig hinderlich. Die App läuft auf allen Android und iOS Smartphones und Tablets. Auch Kinder und Jugendliche ohne Smart Devices werden nicht ausgeschlossen, da mehrere Personen gleichberechtigt ein Endgerät benutzen können. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt anschließend wie im Antragsteil beschrieben.

Wer heute Kind ist, entscheidet morgen über die Zukunft unserer Städte. Die Umsetzung dieses Antrags wäre ein außerordentlich großer Schritt hin zu moderner, ernstgemeinter Kinder- und Jugendbeteiligung in München.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 03.06.2019

Partizipation heißt Zukunft VII – Modellprojekt „Diskurswerkstatt“ in allen 25 Münchner Bezirken umsetzen!

Antrag

- 1) Das Stadtjugendamt und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung werden aufgefordert im kommenden Jahr in allen 25 Bezirken Münchens jeweils zweitägige Diskurswerkstätten für Kinder und Jugendliche an geeigneten zentralen Standorten durchzuführen.
- 2) Bei der Umsetzung des Modellprojekts soll von Anfang an mit dem JFF (Jugend – Film – Fernsehen) - Institut für Medienpädagogik kooperiert werden.
- 3) Die Ergebnisse werden durch das Stadtjugendamt und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung unter Einbindung aller beteiligter AkteurInnen evaluiert und dem Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie dem Verwaltungs- und Planungsausschuss im Stadtrat verbunden mit entsprechenden Handlungsempfehlungen vorgestellt. Für die Umsetzung ausgewählter Handlungsempfehlungen und für weitere Partizipationsmodelle wird ab 2021 ein städtischer Kinder- und Jugendbeteiligungstopf in Höhe von einer halben Million Euro bereitgestellt. Kostenübernahmen durch die städtischen Bezirksausschüsse sollen ebenfalls unbürokratisch möglich sein. Über die Umsetzung der beschlossenen Projekte wird dem Stadtrat und allen Beteiligten regelmäßig durch die verantwortliche Stelle Bericht erstattet.
- 4) Die Ergebnisse des Modellprojekts werden in die nächste und alle weiteren Münchner Jugendbefragungen integriert und das Angebot ab 2021 jedes Jahr umgesetzt.

Begründung:

Die letzte Münchner Jugendbefragung (2017) enthielt beunruhigende Zahlen: So gaben 46 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass ihre Interessen in München nicht ernst genommen und gehört würden. Gleichzeitig gaben 60 Prozent der Befragten an, dass sie sich mehr Unterstützung durch die Politik für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse wünschten. Hauptproblempunkte bildeten dabei mangelnde Freizeitgestaltungsangebote und eine unzureichende jugendfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes.

Die Ergebnisse der Jugendbefragung zeigen, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche der Stadtverwaltung und dem Stadtrat regelmäßig direktes Feedback geben. Nur so können die richtigen politischen Schlüsse gezogen werden, um die Stadt auch im Sinne der jungen Generation zu gestalten – der Generation, die im Stadtrat und in der Stadtverwaltung am wenigsten repräsentiert ist. Hinzu kommt: Wer sich in seiner Stadt nicht ernstgenommen fühlt, wird diese heute und in Zukunft auch nicht selbst zum Besseren gestalten wollen.

Die Jugendbefragung ist als Instrument der Meinungsbildung für die Stadt durchaus positiv zu sehen. Allerdings reicht es nicht aus, alle drei Jahre eine Umfrage mit insgesamt sehr generell gehaltenen Fragen durchzuführen. Der Wert des Feedbacks durch Kinder und Jugendliche an die Stadt basiert auch auf der Aktualität der jeweiligen Problempunkte, der Möglichkeit, standortbezogene Erfahrungen zu äußern sowie dem Angebot, auf negative Erfahrungen im persönlichen, direkten Austausch einzugehen. Diese Möglichkeit bietet die Jugendbefragung nicht in ausreichender Form. Deswegen ist es angebracht, das Angebot entsprechend zu erweitern.

Das vom JFF - Institut für Medienpädagogik entwickelte Format der Diskurswerkstätten bietet hierbei die große Chance, ein zusätzliches niederschwelliges und innovatives Format der Kinder- und Jugendbeteiligung in München umzusetzen. Erste positive Erfahrungen wurden bereits im Rahmen des Planungsverfahrens für den Münchner Nordosten gemacht (https://www.plan-nord-ost.de/plan_nord_ost/). Für eine Diskurswerkstatt wird an einem geeigneten, von Jugendlichen vielbesuchten Ort, beispielsweise dem örtlichen Skate-Park, der S-Bahn-Haltestelle, dem Kino oder der Bibliothek, eine sogenannte mobile Talkbox aufgestellt. Dazu werden gemütliche Sitzmöglichkeiten geschaffen, um die Jugendlichen zum spontanen Verweilen zu bewegen und um sie anzuregen, über ihre aktuellen positiven und negativen Erfahrungen in der Stadt bzw. ihrem Bezirk oder Viertel zu berichten.

Dies kann auf unterschiedlichste Weise passieren. Grundlegender Bestandteil ist immer das Angebot eines Video-Interviews, das optional auf einen entsprechenden Youtube-Channel zur Multiplikation in den Sozialen Medien geladen werden kann. Zudem werden niederschwellige Tools auf bereitgestellten Tablets zum Festhalten von Ideen und Problempunkten, Flipcharts mit entsprechenden Grafiken Münchens und des jeweiligen Bezirks, entsprechende Materialien zur grafischen Gestaltung derselben oder einfach nur Post-Its für einen Ideenaustausch angeboten. Die Standorte und das genaue Konzept werden im Vorfeld mit dem JFF - Institut für Medienpädagogik vereinbart, das auch die Umsetzung der Talkboxen vor Ort begleitet. Durch das zweitägige Angebot wird ein entsprechender Informationsfluss über die Möglichkeit der Teilhabe unter den Jugendlichen begünstigt.

Durch die Umsetzung des Modellprojekts in allen 25 Stadtbezirken erhalte die Stadt München jährlich aktuelle Einblicke in die Probleme und Wünsche der Münchner Jugendlichen vor Ort. Die nach Bezirken ausdifferenzierten Ergebnisse würden die Informationen der Jugendbefragung ergänzen. Durch die Niederschwelligkeit des Formats werden Kinder und Jugendliche aus allen Gesellschaftsmilieus angesprochen und das Gefühl des ehrlichen Interesses an der jeweiligen Lebensrealität geschaffen. Die Ergebnisse schaffen somit das benötigte detaillierte Bild, das die Kinder und Jugendlichen Münchens auf die Stadt haben und befähigen Politik und Verwaltung Münchens, in Tiefe auf die Bedürfnisse der jungen Generation einzugehen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Katrin Habenschaden	Thomas Niederbühl	Sabine Krieger
Anja Berger	Herbert Danner	Paul Bickelbacher	Dominik Krause
Oswald Utz	Angelika Pilz-Strasser	Jutta Koller	Anna Hanusch
Sabine Nallinger	Sebastian Weisenburger		

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 15. September 2021

Sitzungen des KJHA künftig nachmittags abhalten

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschusssitzungen des KJHA schnellstmöglich auf Nachmittagstermine zu verlegen. Zudem soll für künftige KJHA-Sitzungen ein Livestream (für den öffentlichen Teil) eingerichtet werden.

Begründung

Als in der Ausschusssitzung des KJHA am 14.9.21 die Ergebnisse der aktuellen Jugendbefragung vorgestellt wurden bestand fraktionsübergreifend Konsens, dass es in den Bereichen „transparentes Agieren der Politik“ und „Teilnahme und Teilhabe“ noch einen großen Handlungsspielraum gibt, um insbesondere die Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzusprechen, die sich „nicht gehört und ernst genommen fühlen“. Nachmittags können nämlich auch mal Menschen, die zB vormittags in der Schule sind, an den öffentlichen Sitzungen teilhaben und somit näher an Entscheidungsträger*innen für ihre Belange herankommen. Auch können sie beobachten, wo sich für sie eingesetzt wird, wo nicht und wie sich der Prozess der Meinungsbildung im Ausschuss vollzieht.

Eine Schnellerückfrage über die Verwaltung habe ergeben, dass ein Nachmittagstermin des KJHA organisatorisch nicht möglich sei. So etwas kann und darf nicht sein: sollten die Vertreter*innen des Ausschusses mehrheitlich für eine solche Verlegung des Termins stimmen, muss dies auch verwaltungstechnisch und organisatorisch ermöglicht werden.

Zusätzlich würde ein Live-Stream dieser speziellen Sitzung ein starkes Signal ausschicken, dass Kommunalpolitik sich für junge Menschen interessiert, die eigene Politik transparent(er) gestaltet und damit nahbarer wird. Schulische Einrichtungen und politische Arbeitskreise von Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit könnten solche Live-Streams in ihre praktische Arbeit mit interessierten jungen Menschen einbauen.

Initiative:

Stadtrat Thomas Lechner

Gezeichnet:

Stadträtin Marie Burneleit

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Stefan Jagel

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 24.09.2021

Stadtjugendrat etablieren

Antrag

Die Stadt gründet einen Stadtjugendrat nach dem Vorbild von Fürstentfeldbruck.¹

Die ehrenamtliche Vergütung des Stadtjugendrates orientiert sich an der Vergütung der ehrenamtlichen Stadträtinnen der Landeshauptstadt München.

Es ist darauf hinzuwirken, dass der Stadtjugendrat divers besetzt wird.

Begründung

Ein Mitspracherecht für die Jugend ist wichtig für das Stadtgefüge, denn 66,6% (also 2/3) der befragten der 3. Münchner Online-Jugendbefragung 2020 würden gerne mehr über "die Politik in der Stadt München" mitentscheiden können.²

Zwar gibt es eine sehr gut agierende Stadtschülerinnenvertretung in München und auch das Haus der SchülerInnen, aber um die Bedürfnisse aller Jugendlichen – ob Schüler*In oder nicht zu vertreten und um diese Belange in der politischen Ebene zu verankern, ist ein Stadtjugendrat unabdingbar.

Der Stadtjugendrat kann so im direkten Draht mit der Stadtspitze und der Verwaltung bei Entscheidungen, die ihre Themen betreffen, mitsprechen und Änderungen einbringen.

Die Stadt Fürstentfeldbruck dies bereits erfolgreich etabliert und kann als positives Beispiel herangezogen werden.³

Initiative

Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Gezeichnet

Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Stefan Jagel

¹ https://www.jugendportal-ffb.de/ffb/jugendportal.nsf/id/pa_dgrss7txh8r.html

² <https://jugendbefragung-muenchen.de/>

³ https://www.jugendportal-ffb.de/ffb/web.nsf/id/pa_dgrss78sqe2r3.html

Dieser Antrag ist im Generischen Femininum formuliert: es gelten grammatikalisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen mit nicht-binärem, weiblichem, und männlichem Geschlecht. Dieser Antrag entspricht im Rahmen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit den Sustainable Development Goals (SDGs) 10 & 16.

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 14.10.2021

Partizipation junger Menschen weiter stärken! - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe in der Stadt verankern

Antrag

Die Verwaltung der Landeshauptstadt München (d.h. alle Referate, die von Kinder- und Jugendbelangen wesentlich tangiert sind) wird beauftragt, in Kooperation mit den Freien Trägern der Jugendhilfe – ausgehend von den bestehenden Konzeptionen – ein Rahmenkonzept zu erstellen, wie diesen eine aktivere, intensivere und direktere Beteiligung ermöglicht werden kann. Die Federführung übernimmt dabei das Sozialreferat.

Das Konzept schließt mit ein, wie diese Querschnittsaufgabe perspektivisch in der Stadtverwaltung verankert werden kann sowie verbindliche Verfahren, die echte Teilhabe ermöglichen.

Außerdem ist zu prüfen, in welcher Form jungen Menschen selbst auch ein Antragsrecht auf stadtweiter Ebene zugesprochen werden kann und wie diese mit einem eigenen Budget komplementiert werden können.

Hier sollte insbesondere erwogen werden, wie schon auf der Ebene der Bezirksausschüsse mit ihren Kinder- und Jugendbeauftragten eine direkte Beteiligung z. B. in Form von "Bürger*innenversammlungen" von jungen Menschen unter 18 Jahren möglich ist. Im Rahmen dieser Versammlungen könnten seitens der Jugendlichen Anträge gestellt werden, die von der Verwaltung ähnlich der Anträge aus Bürgerversammlungen zu bearbeiten wären. In diesem Rahmen könnten Ideen und Vorschläge von jungen Menschen, die ganz konkret ihr Stadtviertel betreffen (z. B. die Beleuchtung an Bolzplätzen, das Aufstellen von Bänken etc.) direkt in die Verwaltung eingebracht werden. An den Versammlungen könnten neben den Kinder- und Jugendbeauftragten der Bezirksausschüsse auch weitere BA-Mitglieder, Vertreter*innen der Verwaltung, vor allem aber die Kinder und Jugendlichen aus dem jeweiligen Stadtviertel teilnehmen.

Um eine breitere und niederschwellige Beteiligung möglichst vieler junger Menschen zu ermöglichen, sind auch digitale Teilnehmungsformate in Betracht zu ziehen und eine digitale Antragstellung zu ermöglichen.

Da der Zeitfaktor bei jungen Menschen ganz anders ist als bei Erwachsenen, sind für die Bearbeitung aller Anträge und Anliegen möglichst kurze Fristen anzusetzen. Ebenso ist eine konkrete Ansprechperson bei der Verwaltung zu benennen. Die Kommunikation ist in verständlicher und kind- bzw. jugendgerechter Sprache zu formulieren.

Begründung

Nicht nur die letzte online-Jugendbefragung hat den Wunsch junger Menschen artikuliert, in Entscheidungsprozesse stärker eingebunden zu werden und ein stärkeres Beteiligungsrecht zu erhalten. Auch im Kontext der Corona-Pandemie haben sich junge Menschen zu wenig gehört und berücksichtigt gefühlt.

Gerade für nicht wahlberechtigte junge Menschen sollte deshalb neben den bereits bestehenden Beteiligungsrechten eine weitere und direktere Partizipation ermöglicht werden, die auch tatsächlich zu einer Umsetzung der geäußerten Bedürfnisse und Belange führen kann. Das Format der „Bürger*innenversammlungen“ kann die Partizipation und Teilhabe der jungen Menschen weiter verstärken, insbesondere, wenn es um konkrete Projekte und Anliegen im eigenen Viertel geht. Gleichzeitig ist klar, dass Partizipation nur dann ernsthaft funktionieren kann, wenn sie mit der Möglichkeit einhergeht, auch Anträge zu stellen und Finanzierung für Projekte zu erlangen.

gez.

Lena Odell
Barbara Likus
Christian Müller
Anne Hübner
Julia Schönfeld-Knor
Andreas Schuster

Fraktion SPD/Volt

Sebastian Weisenburger
Marion Lüttig
Nimet Gökmenoğlu
Clara Nitsche
Dr. Hannah Gerstenkorn

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 15.11.2021

Aktive Bürger*innenbeteiligung stärken - Bürger*innenbudget einführen!

Antrag

1. Die Landeshauptstadt München stellt ab dem Jahr 2022 die Summe von einer Million Euro für ein Pilotprojekt „Bürger*innenbudget“ nach dem Vorbild von Barcelona und Paris zur Verfügung.
2. Der dafür notwendige Stellenbedarf ist einzuplanen. Eine Fachstelle für Bürger*innen-Partizipation ist im Direktorium einzurichten.
3. Die Zivilgesellschaft wie z.B. „Mehr Demokratie Bayern e.V.“ und die Bezirksausschüsse sind in die Gestaltung des Pilotprojektes frühzeitig einzubinden (Hearing).
4. Für die Beteiligung von für Kindern und Jugendlichen wird ein eigenes, jugendgerechtes Format entwickelt und erprobt. Entsprechende Mittel für ein oder zwei jugendspezifische Projekte werden entsprechend zur Verfügung gestellt.
5. Es wird in den ersten fünf Jahren mit unterschiedlichen Höchstfördergrenzen pro Projekt experimentiert. Zum Start soll eine Höchstgrenze von 100.000 EUR pro Projekt gelten.

Begründung

Die Einbindung von Bürger*innen in die Beratung des kommunalen Haushaltes ist in vielen Städten und Gemeinden fester Bestandteil der Haushaltsberatungen. Das Bürger*innenbudget steht für eine Stärkung demokratischer Strukturen und stellt eine effektive Möglichkeit der bürgerlichen Mitbestimmung dar. Die Einführung eines Bürger*innenbudgets sorgt für Transparenz und für Vertrauen in Verwaltung und Politik. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf Kinder und Jugendliche gelegt werden, indem ein eigenes Format entwickelt und die bereits bestehende Stelle Kinder- und Jugendkoordination schnellstmöglich besetzt wird.

Das Budget fällt in den Bereich der Bürger*innenbeteiligung und soll perspektivisch bis zu 0,5% des städtischen Haushalts betragen. Mit Präsenzveranstaltungen und über die Beteiligungsplattform Consul können Vorschläge für das Bürger*innenbudget eingebracht werden. Das dafür notwendige Personal muss, sobald es die Haushaltslage zulässt, eingeplant und genehmigt werden.

Das Bürger*innenbudget hat keine Auswirkungen auf die „Stadtbezirksbudgets“, sondern soll parallel dazu eingeführt werden. Viele europäische Städte, darunter auch Barcelona und Paris setzen bereits

erfolgreich Bürger*innenbudgets um – ein Ansatz, dem auch die Landeshauptstadt München folgen sollte.

gez.

Felix Sproll
Micky Wenngatz
Christian Vorländer
Roland Hefter
Dr. Julia Schmitt-Thiel
Julia Schönfeld-Knor
Anne Hübner
Andreas Schuster
Lars Mentrup

Sibylle Stöhr
Dr. Florian Roth
Beppo Brem
Marion Lüttig
Judith Greif
Gudrun Lux
Thomas Niederbühl
Mona Fuchs
Paul Bickelbacher
Angelika Pilz-Strasser

Fraktion SPD/Volt

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 29.11.2022

Externe Begleitung zur Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes in der Kinder- und Jugendpartizipation

Antrag

Im Direktorium werden im Haushaltsjahr 2023 finanzielle Mittel in Höhe von 50.000,00 € für die externe Begleitung zur Erarbeitung des Rahmenkonzeptes in der Kinder- und Jugendpartizipation bereitgestellt.

Begründung:

Durch die Finanzierung der externen Begleitung des Rahmenkonzeptes bzgl. Kinder- und Jugendpartizipation wird der Ausbau und die Weiterentwicklung der Strukturen für Kinder- und Jugendpartizipation gefördert. Kinder und Jugendliche sollen durch das Rahmenkonzept an bedeutsamen Entscheidungen selbst Einfluss nehmen und dadurch ihre eigenen Interessen vertreten. Hierzu soll ein Rahmenkonzept "Kinder- und Jugendpartizipation" unter Beteiligung der Akteur*innen in diesem Feld erarbeitet werden. Die externe Begleitung soll hierbei ein Konzept zusammen mit der zukünftig koordinierenden Stelle im Direktorium unter Einbeziehung aller im Feld aktiven Akteur*innen erarbeiten.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative:

Marion Lüttig
Sebastian Weisenburger
Clara Nitsche
Dr. Hannah Gerstenkorn
Nimet Gökmenoğlu

Mitglieder des Stadtrates

SPD/Volt-Fraktion

Lena Odell
Barbara Likus
Christian Müller

Mitglieder des Stadtrates



**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

München, 29.11.2022

**Einführung eines Kinder- und Jugendrathauses – Stärkung der Fachstelle
bürgerschaftliches Engagement und Öffentlichkeitsbeteiligung**

Antrag

Um die Partizipation der Kinder und Jugendlichen zu stärken, wird im Direktorium eine neue Stelle für konzeptionelle und steuernde Aufgaben eingerichtet. Das Direktorium wird aufgefordert, für den Schlussabgleich für den Haushaltsplan 2023 eine VZÄ anzumelden.

Begründung:

Die Einführung eines Kinder- und Jugendrathauses eröffnet neue Möglichkeiten für die Stärkung der Belange der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen. Die strukturelle Weiterentwicklung durch die Neuschaffung einer konzeptionellen und steuernden Stelle im Direktorium, ermöglicht eine bessere Partizipation der Kinder und Jugendlichen in der Stadtgesellschaft und schafft die Basis für ein bereichsübergreifendes Rahmenkonzept Partizipation.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative:

Marion Lüttig
Sebastian Weisenburger
Clara Nitsche
Dr. Hannah Gerstenkorn
Nimet Gökmenoğlu

Mitglieder des Stadtrates



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 04.04.2022

Beteiligung für Bürger*innen transparent und verlässlich gestalten

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die wesentlichen vorhandenen Bürger*innenbeteiligungsformate und die dahinterstehenden Abläufe zu skizzieren. Dabei ist insbesondere auf die Frage einzugehen, bei welchen Fragen die Bürger*innen beteiligt werden, wie diese Beteiligung ausgestaltet ist, inwieweit die Beteiligungsergebnisse in die Planungen einfließen und ob und wie bei kritischen Prozessen ein Interessensausgleich bei stark differierenden Ansichten innerhalb der Bevölkerung erfolgt.

Neben der Bestandsaufnahme soll die Verwaltung Vorschläge für Verfahrensoptimierungen unterbreiten. Leitende Prämisse soll dabei sein, Beteiligungsprozesse künftig so durchzuführen, dass schon am Anfang eines Verfahrens feststeht, in welchem Rahmen die Menschen mitgestalten können, welche Grenzen der Beteiligung gesetzt sind (u.a. durch Grundsatzbeschlüsse des Stadtrats oder wesentliche Planungsgrundsätze) und wie die Ergebnisse der Beteiligung in die Umsetzung einfließen.

Zudem wird die Verwaltung gebeten, vor allem bei Beteiligungsprozessen zu örtlichen Themen in den Stadtbezirken einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens anzustreben, um die Kompromissfähigkeit und das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft zu stärken. An dieser Stelle ist auch die Rolle der Bezirksausschüsse in den Blick zu nehmen und Schnittstellen zwischen diesen, der Verwaltung und dem Stadtrat – wenn notwendig – zu reformieren.

Insbesondere für die wesentlichen Umgestaltungsprozesse im Bereich der Mobilität, der Stadtgestaltung und des Wohnens soll dem Stadtrat noch in diesem Jahr ein Beschlussvorschlag unterbreitet werden. Dabei ist auch ein einheitlicher Zugang zu allen Bürgerbeteiligungsformen (Wann findet was wo statt und wie kann ich mich beteiligen?) zu verwirklichen – im Idealfall auf der offiziellen Website der Landeshauptstadt München.

Begründung

Die Stadt München hat bereits viele Bürgerbeteiligungsformate und auch immer mehr innovative digitale Beteiligungswege. Die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger insbesondere an hochaktuellen politischen Fragen ist auch zwischen zwei Kommunalwahlen wichtig und gewollt. Jedoch muss sie so organisiert sein, dass sie so zielgerichtet, frühzeitig und im Rahmen des tatsächlichen Gestaltungsspielraums erfolgt, dass die Wünsche der Münchnerinnen und Münchner



FRAKTION IM MÜNCHNER STADTRAT

ANTRAG

Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt • Rathaus • 80313 München

auch tatsächlich in die Planung einfließen. Vor Beginn jedes Beteiligungsprozesses muss klar festgelegt sein und kommuniziert werden, wer (Stadtrat, Bezirksausschuss, Bürgerschaft) am Ende in welcher Frage tatsächlich entscheidet.

München wächst stetig und das Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe an politischer Mitbestimmung in ihrer Stadt nimmt immer weiter zu. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, individuellen Interessen und Wünschen aus der Bürgerschaft so gerecht zu werden, dass einerseits keine Politikverdrossenheit entsteht, andererseits aber auch leise Mehrheitsinteressen nicht untergehen. Es ist wichtig, den Abwägungsprozess, der politischen Entscheidungen vorausgeht, transparent darzustellen. Bei Beteiligungsprozessen muss offen kommuniziert werden, in welchem Rahmen die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können, und an welcher Stelle gegebenenfalls auch Grenzen der Mitbestimmung gesetzt werden müssen, um gesamtstädtischen Interessen gerecht zu werden.

gez.

Anne Hübner
Roland Hefter
Klaus Peter Rupp
Julia Schönfeld-Knor
Christian Vorländer
Felix Sproll
Lars Mentrup

SPD/Volt-Fraktion